



Klaus Larres

University of North Carolina (UNC) at Chapel Hill, USA
<https://orcid.org/0000-0002-3154-1286>

Komplizierte deutsch-amerikanische Beziehungen im 21. Jahrhundert

Einführung

Bereits seit Beginn der Jahrhundertwende ist es mit den deutsch-amerikanischen Beziehungen bergab gegangen, nicht zuletzt auf alleroberster Ebene. Vor allem während der Regierung Trump war die Lage so schlecht wie selten zuvor. Das Verhältnis der beiden obersten Repräsentanten der Regierungen beider Länder – Präsident Donald Trump und Kanzlerin Angela Merkel – war schon nach dem ersten Treffen recht zerrüttet. Weder die Substanz noch die Atmosphäre der Gespräche am 17. März 2017, zwei Monate nach dem Amtsantritt Trumps, waren in der Lage die Basis für eine Fortschreibung der soliden deutsch-amerikanischen Beziehungen der Vergangenheit zu legen.¹ Dies war wenig überraschend, anlässlich der schon während des amerikanischen Wahlkampfes zu hörenden recht kritischen Bemerkungen Trumps zu Deutschland. Und schon gleich nach dem Wahlsieg Trumps im November 2016 hatte Merkel in ihrer Gratulationsbotschaft betont, dass die enge Partnerschaft mit den USA im Grunde nur auf der Basis der Aufrechterhaltung der westlichen Werte möglich sei. Diese zwar faktisch richtige, aber wohl allzu oberlehrerinnenhafte Äußerung trug dazu bei, das Klima mit der Trump-Regierung gleich zu Anfang zusätzlich zu belasten.²

¹ Vgl. Schwabe, K. (2011): *Weltmacht und Weltordnung. Amerikanische Außenpolitik von 1898 bis zur Gegenwart. Eine Jahrhundertgeschichte*. überarb. Ausgabe, Schöningh, Paderborn.

² Vgl. Larres, K. (2019a): *Angela Merkel and Donald Trump. Values, Interests, and the Future of the West*. In: Larres, K. / Wittlinger, R. (Hrsg.): *German-American Relations in the 21st Century. A Fragile Friendship*. Routledge, London, S. 47–67.

Im Januar 2021, als die neue von Präsident Joe Biden geleitete US-Administration ihre Arbeit aufnahm, waren die Voraussetzungen zur Zusammenarbeit erheblich besser. Nicht nur kannten und mochten sich beide Regierungschefs schon seit Jahren, sie standen auch beide mit festen Füßen auf dem Boden des westlichen Wertesystems.

Deutsch-amerikanische Krisen vor Trump

Während der Zeit des Kalten Krieges war die Bundesrepublik aus vor allem sicherheitspolitischen Gründen in weitaus höherem Maße auf die USA angewiesen, als dies in den Jahren seit der Vereinigung der Fall war.³ Ungeachtet aller gelegentlichen Differenzen kamen Adenauer und Eisenhower, Kohl und Reagan und trotz aller Spannungen und wenig persönlicher Sympathie selbst Brandt und Nixon insgesamt relativ gut miteinander aus.⁴ Auch wenn die Bonner Republik letztendlich vom guten Willen Washingtons abhängig war wussten die USA durchaus, das sie den Staat an der Frontlinie des Kalten Krieges brauchten, um das westliche Bündnis zusammenzuhalten. Auf dem Höhepunkt der deutsch-amerikanischen Beziehungen 1989/1990 schlug dann auch Präsident George H.W. Bush Bundeskanzler Helmut Kohl im Mai 1989 in einer Rede in Mainz vor, dass Deutschland und die USA eine Partnerschaft der Führung eingehen sollten. Briten und Franzosen waren von dem Vorschlag wenig begeistert. Ob dies wirklich ernstgemeint oder lediglich gut klingende Rhetorik war, um dem Gastgeber zu schmeicheln, ist nach wie vor umstritten.

Bereits kurz darauf ging es bergab. Die Weigerung der deutschen Regierung unter Kanzler Kohl sich 1991 am ersten Golfkrieg gegen Saddam Hussein mit Truppen und nicht nur mit finanziellen Leistungen zu beteiligen, beindruckte Bush nicht. Bald darauf befürchtete sein Nachfolger Präsident Bill Clinton, dass das Zusammenrücken der Europäer durch den Vertrag von Maastricht und die baldige Einführung einer gemeinsamen europäischen Währung zu der Abschottung der neuen Europäischen Union von der Weltwirtschaft führen würde. Amerikanische Produkte mochten es zukünftig schwieriger haben, sich auf dem einheitlichen europäischen Markt durchzusetzen. Die Osterweiterung der NATO führte auch zu sicherheitspolitischen Schwierigkeiten.⁵

Auch das Debakel der Balkankriege Mitte der 1990er Jahre (und des Kosovokrieges Ende des Jahrzehnts) machten deutlich, dass ohne die USA die Europäer nach wie vor nicht in der Lage waren, sich zusammen zu raufen, um selbst die Bürgerkriege im ehemaligen Jugoslawien zu beenden. Diverse europäische Friedenspläne ließen sich nicht verwirklichen und die Stunde Europas, die der luxemburgische Außenminister großmündig verkündet hatte stellte sich nicht ein. Letztlich waren es die Luftangriffe der USA, die den serbischen Präsidenten Milošević auf der von dem

³ Vgl. Larres, K. / Oppelland, T. (Hrsg.) (1997): *Deutschland und die USA im 20. Jahrhundert. Geschichte der politischen Beziehungen*. Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt.

⁴ Vgl. mein demnächst erscheinendes Buch: Larres, K. (2021): *Uncertain Allies. Nixon, Kissinger and the Threat of a United Europe*. Yale University Press, New Haven, CT.

⁵ Vgl. Heinke, A. (2003): *Wechselnde Konstellationen. Die deutsch-amerikanischen Außen- und Sicherheitsbeziehungen in der ersten Amtszeit von US-Präsident Bill Clinton*. Nomos, Baden-Baden.

amerikanischen Diplomaten Richard Holbrooke geleiteten Friedenskonferenz von Dayton, Ohio, zum Einlenken zwangen.⁶

Die Beteiligung der deutschen Luftwaffe während der von Bundeskanzler Gerhard Schröder und Außenminister Joschka Fischer geleiteten Sozialdemokratisch-Grünen Regierung an Luftangriffen im Kosovokrieg stellte eine fundamentale Änderung der bisherigen deutschen Politik dar. Ähnlich Großbritannien und Frankreich schien sich auch Deutschland jetzt allmählich zu einem ernstzunehmenden sicherheitspolitischen Partner der USA zu entwickeln.⁷ So wurde die Lage zumindest mit Zufriedenheit in Washington gesehen. Aber der Regierungswechsel in den USA von dem liberalen Demokraten Bill Clinton zu dem rechtskonservativen Republikaner George W. Bush im Januar 2001 sollte tiefe Auswirkungen auf die transatlantischen Verbündeten haben.

Zu den bisher schwersten Belastungen in den deutsch-amerikanischen Beziehungen aber auch innerhalb des atlantischen Bündnisses kam es dann nach den Terrorangriffen auf die USA am 11. September 2001. Die Allianz war verärgert, dass die Bush-Administration das Angebot der NATO zurückwies, sich mittels Artikel 5 des Nordatlantikvertrages an der Kriegführung gegen die Taliban in Afghanistan zu beteiligen, um Osama Bin Laden festzusetzen. Bald darauf kam es zu ernsthaften Streit zwischen Präsident Bush und Kanzler Schröder. Schröder und sein Außenminister Joschka Fischer sprachen sich lautstark gegen die beabsichtigte Invasion des Iraks aus und stellten zusammen mit Frankreich und Russland eine temporäre Antikriegs-koalition auf die Beine, um den Krieg vielleicht mittels der Vereinten Nationen doch noch zu verhindern. Dies gelang nicht und insbesondere das Jahr 2003 war von beinahe feindlichen Beziehungen zwischen Washington und Berlin gekennzeichnet.⁸

Erst in der zweiten Amtszeit George W. Bushs normalisierte sich die deutsch-amerikanische Partnerschaft wieder, da sich der Präsident und seine neue Außenministerin Condoleezza Rice ernsthaft um bessere Beziehungen zu Deutschland bemühten. Der 2005 erfolgte Regierungswechsel in Berlin trug ebenfalls dazu bei, die Verbitterung der Vergangenheit zu überwinden, zumal Angela Merkel schnell persönlich gute Beziehungen zu Bush anknüpfen konnte. Noch als Oppositionsführerin hatte sie immerhin bereits 2002 bei einer Rede in Washington Verständnis für die Irak-Politik Bushs erkennen lassen. Dennoch waren die deutsch-amerikanischen Beziehungen auch unter Merkel nicht problemlos.

Ernste Verstimmungen stellten sich dann ein mit dem neuen Präsidenten Barack Obama, der 2009 sein Amt antrat. Zwar war es Merkel wiederum gelungen, auf persönlicher Ebene sehr gute Beziehungen mit der Obama-Administration und dem ansonsten eher kühlen und distanzierten Präsidenten aufzubauen. Doch schon bald ergaben sich ernste Auseinandersetzungen über die Frage, wie der „Großen Rezession“

⁶ Vgl. Schwarz-Schilling, Ch. (2020): *Der verspielte Frieden in Bosnien. Europas Versagen auf dem Balkan*. Herder, Freiburg im Breisgau.

⁷ Vgl. Schröder, G. (2006): *Entscheidungen. Mein Leben in der Politik*. Hoffmann und Campe, Hamburg; Fischer, J. (2007): *Die rot-grünen Jahre. Vom Kosovokrieg bis zum 11. September*. Kiepenheuer und Witsch, Köln.

⁸ Vgl. Larres, K. (2003): *Mutual Incomprehension? U.S.-German Value Gaps over Iraq and Beyond*. In: *Washington Quarterly* 26/2, S. 23–42; Dettke, D. (2009): *Germany says 'No'. The Iraq War and the Future of German Foreign and Security Policy*. Woodrow Wilson Press, Washington, DC.

und der Eurokrise der Jahre 2008–2012 begegnet werden könnte. Sollte dies geschehen mittels einer Politik der Sparsamkeit und Kürzungen, wovon Merkel und Finanzminister Wolfgang Schäuble überzeugt waren, oder durch den massiven Einsatz staatlicher Mittel, was die Obama-Administration in den USA praktizierte und auch für Europa empfahl.

Als sich durch die Enthüllungen Edward Snowdens dann noch herausstellte, dass die National Security Agency, die größte der vielen Geheimdienste in den USA, nicht davor zurückgeschreckt hatte, auch Politiker in alliierten Ländern zu überwachen und selbst das persönliche Handy Angela Merkels angezapft hatte, führte dies zu einer schweren Krise zwischen Berlin und Washington. Es war zwar unklar, ob der Präsident davon gewusst hatte oder vielleicht sogar seine Einwilligung gegeben hatte, in jedem Fall waren die privaten und beruflichen Gespräche der Kanzlerin in Washington mitgehört worden. Hinzu kam bald, dass Obamas Verteidigungsminister Robert Gates die Europäer, und nicht zuletzt die Bundesrepublik, in unzweideutiger Sprache aufforderte, erheblich mehr Geld in ihre Verteidigungsbudgets zu stecken.

Letztlich konnten aber die diversen deutsch-amerikanischen Belastungen während der Obama-Ära durch das freundschaftliche Verhältnis zwischen den führenden Politikern und Parlamentariern beider Länder überwunden werden. Das nach wie vor beide Länder verbindende gemeinsame westliche Wertesystem und die enge Zusammenarbeit im nordatlantischen Bündnis hatten sich als stark genug erwiesen, alle tagespolitischen Krisen zu überstehen.⁹

Die Ära Trump

Die nachfolgende nationalistische und isolationistische „America-First“-Politik der Trump-Regierung löste sich jedoch immer mehr von diesem Wertesystem und unterminierte damit die Führungsposition der USA in der westlichen Allianz. Daneben gab es vor allem vier Gründe warum die von Donald Trump und Angela Merkel bestimmte Politik beider Länder immer mehr auf einen Konfrontationskurs hinauslief.¹⁰

1. Trump hatte ein persönliches Problem mit der Kanzlerin. Die Chemie stimmte von Anfang an nicht. Beide hatten ganz unterschiedliche Lebens- und Erfahrungshorizonte. Die nüchterne, mit beiden Füßen auf den Boden stehende Naturwissenschaftlerin Merkel traf auf einen sich vor allem an Emotionen und subjektiven Gefühlen orientierenden Präsidenten, der zudem recht abergläubig, relativ ungebildet und außerordentlich desorganisiert war. Trump traf auch gerne spontane, oft recht irrationale und lediglich auf seinem Bauchgefühl beruhende Entscheidungen. Auch hatte Trump keinerlei Verständnis für die großzügige Flüchtlings- und Asylpolitik der Kanzlerin. Diese hielt er für grundsätzlich falsch und gefährlich. Zudem hatte Trump auch mit anderen weiblichen Politikerinnen Probleme. Scheinbar war es ihm ganz unmöglich mit Frauen auf gleichberechtigter Ebene umzugehen.

⁹ Vgl. Kornelius, S. (2013): *Angela Merkel. Die Kanzlerin und ihre Welt*. Hoffmann und Campe, Hamburg; vgl. auch Obama, B. (2020): *A Promised Land*. Crown, New York.

¹⁰ Vgl. zum folgenden vor allem Larres (2019a), S. 47–67; Larres, K. (2020): *Trump's Trade Wars. America, China, Europe, and Global Disorder*. In: *Journal of Transatlantic Relations* 18/1, S. 103–129.

2. Schon im Wahlkampf von 2016 hatte Trump die EU und vor allem Deutschland für ihren Handelsüberschuss mit den USA kritisiert. Solch eine Situation könne nur durch unfaire Handelspraktiken der Europäer hervorgerufen worden sein. Ähnlich wie China sah er auch die EU als einen den USA feindlich gesinnten Handelspartner an. Seine Regierung scheute sich dann nicht Anfang des Jahres 2018 die EU-Länder mit Handelssanktionen zu bestrafen. Vor allem waren Stahl- und Aluminiumexporte betroffen. Auch drohte er mehrmals zusätzlich die Exporte von Autos in die USA mit Strafzöllen zu belegen, was natürlich insbesondere Deutschland schwer getroffen hätte.

Daneben hatte Trump auch nichts für den europäischen Integrationsprozess übrig. Er glaubte, dass die Einheit der Europäer sich zum handelspolitischen Nachteil der USA ausgewirkt hatte. Trump befürwortete den Austritt Großbritanniens aus der EU (Brexit) und war optimistisch, dass sich auch einige andere EU-Länder den Briten anschließen würden. Letztlich trat er damit für das Auseinanderfallen der EU ein. Dies verbitterte die EU-Kommission und die meisten Länder Europas, auch wenn einige Regierungschefs wie diejenigen in Ungarn und Polen versuchten, den Populismus Trumps zu imitieren und auf einen immer EU-skeptischeren Kurs einzuschwenken.¹¹

3. Trump nahm es auch den Europäern und gerade Deutschlands sehr übel, dass sie wenig Bereitschaft zeigten ihre Verteidigungsausgaben wie vereinbart zu erhöhen. Alle NATO-Mitgliedsländer hatten sich unverbindlich bereits 2002 und dann formal während des NATO-Gipfels 2014 in Wales geeinigt bis zum Jahre 2024 nicht weniger als zwei Prozent ihres Bruttonationalproduktes in ihren nationalen Verteidigungshaushalt zu investieren. Dies gelang aber nur wenigen und Deutschland blieb mit 1,3 Prozent weit hinter dem Ziel zurück. Trump war davon überzeugt, dass die USA dies hätten ausgleichen müssen und damit schon seit Jahren zusätzlich belastet worden seien. Ein reiches Land wie Deutschland gebe zu wenig für seine Militärausgaben aus und die USA hätten dafür entsprechend mehr ausgeben müssen. Dies war völlig falsch, doch ließ sich Trump davon nicht überzeugen.

4. Präsident Trump waren auch die relativ guten deutsch-chinesischen Beziehungen ein Dorn im Auge, denn nach einer anfänglichen Tauphase mit Peking hatte er seit spätestens März 2018 China wieder als Erzfeind der USA entdeckt (schon im Wahlkampf von 2016 hatte er China stark angegriffen). Die Ambitionen der aufstrebenden Weltmacht China mussten eingedämmt und nicht mit Hilfe etwa Deutschlands weiter gestärkt werden. Auch der Bau der Nord Stream II Gaspipeline zwischen Russland und Deutschland passte Trump ganz und gar nicht und trug dazu bei, dass er sich immer mehr über Deutschland ärgerte. Zu Ende der Amtszeit Trumps waren die deutsch-amerikanischen Verstimmungen so groß wie selten zuvor.¹² Der von Trump zu verantwortende Sturm rechtsradikaler Gruppen auf das Kapitol in Washington, DC, der Zitadelle der amerikanischen Demokratie, am 6. Januar 2021 führte wie in der ganzen westlichen Welt so auch in Deutschland zu großem Entsetzen und Unverständnis. Aber es bestätigte auch die Kanzlerin in ihrer Donald Trump und seiner rechtsradikalen Regierung schon von Anfang an entgegengebrachten Skepsis

¹¹ Vgl. Larres, K. (2019b): *Brexit Diplomacy, Trump, and the UK's 'Special Relationship' with the United States*. In: *Diplomatica. A Journal of Diplomacy & Statecraft* 1/1, April, S. 113–126.

¹² Ebd.

und Antipathie. Die in den Präsidentschaftswahlen Anfang November 2020 erfolgte Abwahl Donald Trumps wurde in Deutschland wie in den meisten westlichen Ländern mit unerhörter Erleichterung begrüßt. Unter dem Wahlsieger Joe Biden, dem langjährigen Vorsitzenden des außenpolitischen Ausschusses des Senats und Obamas ehemaligem Vizepräsident, wurde eine Rückkehr zur „Normalität“ erwartet sowohl in Bezug auf die Weltpolitik der USA als auch hinsichtlich der transatlantischen Beziehungen.

Bidens Außenpolitik – Gemeinsamkeiten

In der Tat ist es unwahrscheinlich, dass es während der Regierungszeit des am 20. Januar 2021 ins Amt eingeführten Präsident Biden, solche zutiefst fundamentale Verstimmungen und Differenzen wie während der Trump-Ära geben wird. Der neue US-Präsident und die deutsche Kanzlerin kennen sich persönlich gut aus der Zeit als Biden Vizepräsident war. Sie stimmen in vielen Fragen der Flüchtlings-, Sozial- und globalen Wirtschaftspolitik überein.

Die Biden-Regierung steuert einen deutlich kooperativeren, multilateraleren und viel stabileren und vorhersehbareren Kurs, als dies der Fall unter Trump war. Biden verfolgt auch keine isolationistische, protektionistische oder semi-autoritäre Politik. Stattdessen beabsichtigt Biden bereits in seinem ersten Amtsjahr einen globalen „Gipfel der Demokratie“ einzuberufen. Dabei handelt es sich um eine großangelegte Konferenz mit Amerikas NATO-Partnern und demokratisch regierten Verbündeten wie Japan, Australien, Südkorea und vielen anderen Ländern, um die Einheit der westlichen Welt zu stärken und demonstrativ zur Schau zu stellen.¹³

Insgesamt beruht die Politik Bidens also wieder auf dem westlichen Wertesystem. Es geht Biden nicht zuletzt darum, die sich in der Defensive befindenden westlichen Demokratien zu stärken und die Zunahme autokratischer Regierungen in der Welt einzudämmen. Während in den letzten vier Jahren der Trump-Faktor eine große Rolle bei der zunehmenden Akzeptanz, ja manchmal Beliebtheit autokratischer Verhaltens- und Regierungsweisen spielte, geht es mittlerweile auch um die Effektivität demokratischer Nationen. Die Coronaviruskrise, die Schwierigkeiten vieler Länder ihre Bevölkerung rasch und zuverlässig zu impfen und vor allem die durch die COVID-19-Krise hervorgerufene schwere globale Rezession hat die Systemkonkurrenz mit insbesondere China und Russland deutlich erhöht, und bisher nicht zum Vorteil des Westens.

Während Anfang 2021 die meisten westlichen Länder sich nach wie vor in einem vollständigen oder partiellen *lockdown* befanden, war China bereits im Herbst 2020 in der Lage, weitgehend zur sozialen und wirtschaftspolitische Normalität zurückzukehren. Zudem ist China die einzige wichtige Industrienation, die ökonomische Wachstumsraten für das Jahr 2020 und wohl auch für 2021 verzeichnen kann. Biden scheut sich aber nicht, sich der Systemkonkurrenz zu stellen. Er ist fest davon

¹³ Vgl. Biden, J.R., Jr. (2020): *Why America Must Lead Again. Rescuing Foreign Policy After Trump*. In: *Foreign Affairs* März/April, S. 64–75.

überzeugt, dass sich im globalen Vergleich letztlich demokratische Systeme als effizienter und menschenfreundlicher herausstellen werden.

Dabei ist sich Biden sowohl der Vorteile der Globalisierung als auch ihrer wirtschaftlichen Fallstricke und Risiken bewusst, gerade auch was die Rückwirkungen auf die amerikanische Innenpolitik angeht. Immerhin gelang Donald Trump der Wahlsieg 2016 vor allem deshalb weil er an den „vergessenen“ Teil der Bevölkerung appellierte. Das waren vor allem die Bevölkerungsschichten, die nicht von der Globalisierung profitiert hatten und deren Jobs in Billiglohnländer abgewandert waren. Trumps nationalistische „America First“-Parolen klangen ihnen wie Musik in den Ohren.

Gleich nach Übernahme des Präsidentenamtes im Januar 2021 wandte Biden sich daher erst einmal der Innenpolitik zu. Vor allem ging es ihm darum, die rasche Impfung der gesamten amerikanischen Bevölkerung durch effektive Organisation und Koordination zu erreichen. Auch schlug er ein großangelegtes Förderprogramm vor, um die soziale Misere vieler Amerikaner zu überwinden und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Er wollte ein umfangreiches Infrastrukturprogramm ins Leben rufen. Schon wenige Tage nach Amtseinführung erließ Biden aber eine präsidiale Verordnung, wodurch er sicherstellen wollte, dass staatliche Maßnahmen und Gelder vor allem der Produktion amerikanischer Waren und der Unterstützung amerikanischer Firmen zugutekommen würden. Diese im Ansatz protektionistischen Maßnahmen lassen sich durch die schwierige Wirtschaftslage und die nationalistisch aufgeheizte innenpolitische Stimmung erklären, denen Biden keine Angriffsfläche bieten möchte. Dennoch ist an dem grundsätzlich globalen Ansatz des neuen Präsidenten, auch in der Wirtschaftspolitik, nicht zu zweifeln.

Biden ist sich bewusst, wie wichtig es ist, die regelbasierte globale Ordnung wieder zu stärken und einen neuen Konsens in Fragen des globalen *Governance* zu finden. Er beabsichtigt die Initiative zu ergreifen, um in Zusammenarbeit mit anderen Ländern (nicht zuletzt China) eine Reform der Welthandelsorganisation, aber auch der Weltgesundheitsorganisation durchzusetzen – Trump hatte die Mitgliedschaft in der WHO gekündigt, doch wurde dies von Biden wieder rückgängig gemacht. Dies wird von der Merkel-Regierung begrüßt. Auch in Berlin ist man davon überzeugt, dass beide wichtige Organisationen reformbedürftig sind.

Im Gegensatz zu Trump ist sich der neue Präsident der Wichtigkeit der europäischen Verbündeten für das Ansehen und den globalen Einfluss Amerikas bewusst. Biden stellt die Bedeutung der NATO nicht in Frage und er wird auch nicht versuchen, die Einheit der Europäer zu unterlaufen, um die Europäische Union zu schwächen. Im Gegenteil. Biden ist daran gelegen die EU zu stärken als sowohl wirtschaftspolitischer als auch geopolitischer Partner der USA. Denn ein starker und geeinter europäischer Verbündeter kommt letztlich auch den USA zugute und kann verhindern, dass es Moskau oder Peking gelingt, die Einheit der EU zu ihrem Vorteil zu unterlaufen. Tatsächlich besteht eine gute Chance, dass Biden versuchen wird, die Verhandlungen über eine transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) wiederzubeleben, die von der Obama-Regierung begonnen, aber von Trump schnell aufgegeben wurden.¹⁴

¹⁴ Vgl. Larres, K.: *Biden's long foreign-policy record signals how he'll reverse Trump, rebuild old alliances and lead the pandemic response*. In: *The Conversation*, 18.8.2020; <https://theconversation.com/bidens-long-foreign-policy-record-signals-how-hell-reverse-trump-rebuild-old-alliances->

Biden ist auch kein Freund von *Brexit* und hat des Öfteren sein Bedauern über den EU-Austritt Großbritanniens geäußert und darauf hingewiesen, dass dadurch der irische Friedensprozess nicht gefährdet werden darf. Allerdings hat Biden in ersten Telefongesprächen mit dem britischen Premier Boris Johnson darauf hingewiesen, das auch er auf der sogenannten *special relationship* mit dem Königreich aufbauen möchte. Im Gegensatz zu der Politik Trumps wird dies aber nicht auf Kosten der EU und seiner führenden Länder gehen. Biden ist sich wie auch zuvor schon Obama bewusst, dass Deutschland und Frankreich die beiden ökonomisch dynamischsten und strategisch wichtigsten Länder Europas sind, die weiterhin fest an die USA gebunden werden müssen. Es macht wenig Sinn sie unnötig vor den Kopf zu stoßen, wie dies Trump regelmäßig fertigbrachte.

Beispielsweise ist die Kooperation mit beiden Ländern, aber auch mit Großbritannien, bei der Wiederbelebung des Nuklearabkommens mit dem Iran wichtig. Biden hat jedoch angekündigt, dass die USA nicht breit sind, Vorleistungen durch die Aufhebung der dem Iran auferlegten wirtschaftlichen Sanktionen zu leisten. Zuerst müsse Iran sich wieder voll an das Abkommen halten und auch seine geopolitischen Ambitionen im Nahen Osten zurückschrauben und beispielsweise sich aus dem schrecklichen Krieg in Jemen zurückziehen, der zu schlimmsten Menschenrechtsverletzungen geführt hat. Hier dürfte den europäischen Ländern eine schwierige Vermittlungsrolle zwischen den USA und dem Iran (aber wohl auch Russland und China) zufallen. Die Europäer sind durchaus eher geneigt moderate Konzessionen zu machen, um damit die Verhandlungen mit dem Iran zum Abschluss eines neuen Nuklearabkommens wieder in Gang zu setzen.

Bidens ausgewogene und fundierte, reife Persönlichkeit und seine langjährige außenpolitische Erfahrung wird aber verhindern, dass politische Schwierigkeiten mit einzelnen europäischen Regierungschefs zur Personalisierung der gesamten transatlantischen Beziehungen und zu öffentlich ausgetragenen Streitereien führen, wie das unter Trump häufig der Fall war. Stattdessen ist zu erwarten, dass die Biden-Administration sich wieder auf intensive Konsultationen mit den Verbündeten Amerikas einläßt. Deutschland spielt dabei eine recht zentrale Rolle.

Ohnehin ist sich Biden darüber im Klaren wie wichtig die Rolle Deutschlands für die USA ist. Bereits zwei Wochen nach seiner Amtsübernahme verkündete der neue Präsident, dass der von Trump angeordnete Rückzug von 12.000 der 34.500 in Deutschland stationierten US-Truppen nicht weiter verfolgt wird. Stattdessen überprüft der neue amerikanische Verteidigungsminister – Vier-Sterne General Lloyd Austin, der erste schwarze Chef des Pentagon in der Geschichte der USA – die amerikanische Truppenpräsenz in allen alliierten Ländern.

Angesichts der nach wie vor strategisch wichtigen US-Militärbasen in der Bundesrepublik ist zur großen Erleichterung der Bundesregierung kaum damit zu rechnen, dass es zu einem größeren Truppenabzug aus Deutschland kommen wird. Nicht zuletzt sind der US-Militärflughafen Ramstein, das Militärkrankenhaus

and-lead-the-pandemic-response-143671. Siehe auch K. Larres: *President Biden's foreign policy: engagement, multilateralism, and cautious globalization*. In: U.S. Election Analysis 2020. Media, Voters and the Campaign, November 2020; <https://www.electionanalysis.ws/us/president2020/section-1-policy-and-political-context/president-bidens-foreign-policy-engagement-multilateralism-and-cautious-globalization/>.

Landshut und das mit etwa 20 Atombomben bestückte Nukleardepot in Büchel in der Eifel von herausragender Bedeutung für die USA. Das Verbleiben der amerikanischen Soldaten ist aber auch symbolisch wichtig, signalisiert es doch die besonderen Beziehungen, die die Bundesrepublik und Washington seit den 1950er Jahren aufgebaut haben. Biden ist daran gelegen, dieses enge Verhältnis weiterzuentwickeln. Dies wird auch nach den Bundestagswahlen im September 2021 der Fall sein, wenn in Nachfolge von Angela Merkel eine neue Kanzlerin oder ein neuer Kanzler der Regierung in Berlin vorsteht.

Auch die neue konstruktive Klimapolitik der Biden-Regierung ist in Berlin sehr begrüßt worden. Die Wissenschafts- und Expertenfeindliche Politik der Trump-Regierung, die nicht müde wurde ganz widersprüchlich zu betonen, dass der Klimawandel entweder ein natürliches Phänomen sei, das nichts mit Umweltverschmutzung zu tun habe, oder es ihn gar nicht gebe, hatte das Kanzleramt zur Verzweiflung getrieben.

Bereits an seinem ersten Amtstag war Biden dem Pariser Klimaabkommen von 2015 wiederbeigetreten, aus dem Trump die USA zurückgezogen hatte. Allerdings will Biden bis spätestens 2050 eine CO₂ neutrale Energiepolitik durchsetzen. Die EU hatsich ein ähnlich ambitioniertes Ziel gesetzt, doch deutet sich an, dass die USA großen Druck auf die anderen westlichen Länder ausüben werden, um hier noch schnellere Fortschritte zu machen. Dies wird auch zu stärkerer technologischer und industrieller Konkurrenz mit Europa führen, beispielsweise bei der Entwicklung neuer schadstofffreier Fahrzeuge. Insgesamt ist aber während der Biden-Regierung von einer deutlich konstruktiveren transatlantischen Politik auszugehen, als dies in den letzten Jahren der Fall war.

Differenzen

Es kann aber nicht damit gerechnet werden, dass mit dem Einzug von Joe Biden ins Weiße Haus die große Harmonie in den transatlantischen Beziehungen ausbrechen wird. Immerhin gab es auch in der Vergangenheit des Öfteren erhebliche transatlantische und deutsch-amerikanische Konflikte.¹⁵ In der Tat lässt sich schlussfolgern, dass seit Beginn dieses Jahrhunderts die transatlantischen und deutsch-amerikanischen Beziehungen zunehmend schlechter geworden sind. Dies hat nicht zuletzt viel mit der zunehmenden globalpolitischen Emanzipation der EU-Mitgliedsländer zu tun. Es ist davon auszugehen, dass das gewachsene Selbstbewusstsein der EU-Länder und auch das zunehmende Selbstverständnis Deutschlands als ein weltpolitisch wichtiges Land, zu weiteren Differenzen mit Washington führen wird. Auch unter der Europa und Deutschland sehr geneigten Obama-Biden-Regierung der Jahre 2009 bis 2017 gab es bereits erhebliche Verstimmungen. Auch während der Regierungszeit von Joe Biden werden sich transatlantische Differenzen kaum vermeiden lassen, wenn diese dann wohl auch auf einer viel vertrauensvolleren Basis diskutiert und beigelegt werden können, als dies der Fall unter Trump war.

¹⁵ Larres, K. (2019c): *Global Politics since 1945*. In: Larres, K. / Wittlinger, R. (Hrsg.): *Understanding Global Politics: Actors and Themes in International Affairs*. Routledge, New York / London, S. 5–25.

Zudem hat die Trump-Ära bleibende Wirkungen hinterlassen. Die Skepsis und das Misstrauen gegenüber den USA was ihre Verlässlichkeit, aber auch was den ökonomischen und globalpolitischen Egoismus Washingtons angeht lässt sich nicht von heute auf morgen vergessen. Es ist auch keineswegs sicher, dass die Biden-Regierung sich mehr als vier Jahre im Amt halten kann und eine zweite Amtszeit bekommt. Eine Rückkehr Donald Trumps oder eines ähnlich autokratisch-populistischen Politikers 2025 kann keineswegs ausgeschlossen werden. Und schon bei den nächsten Kongresswahlen im November 2022 könnte die Mehrheit im Kongress an die Republikaner fallen, was Joe Biden die Regierungsarbeit erheblich erschweren würde. Allerdings hätte dies wohl größere innenpolitische als außenpolitische Konsequenzen.

Biden ist sich darüber im Klaren, dass seine Außenpolitik von vielen Amerikanern mit Skepsis beobachtet wird. Während des Wahlkampfes war immer wieder zu hören, dass Biden zu schwach (*soft*) sei, um in der Lage zu sein, sowohl den Feinden und Rivalen Amerikas, aber auch den Verbündeten gegenüber genügend Härte und Stärke an den Tag zu legen. Darauf mag teilweise zurückzuführen zu sein, dass Biden seit seinem Amtsantritt einen harten und recht unnachgiebigen Kurs gegenüber Russland und China, aber auch gegenüber anderen Ländern fährt. Beispielsweise hat er den Militärcoup in Myanmar auf das Schärfste verurteilt und ökonomische Sanktionen verhängt. Die Waffenlieferungen an Saudi Arabien hat er eingestellt mit dem Ziel, den Krieg in Jemen zu beenden. Gegenüber Iran lässt er keinerlei Bereitschaft zu Zugeständnissen erkennen, um das Land zu bewegen, das Nuklearabkommen von 2015 neu zu verhandeln. Es kann damit gerechnet werden, dass Biden auch gegenüber Deutschland und den Europäern bei manchen ihm wichtigen Bereichen einen harten Verhandlungskurs fahren wird.

Die Biden-Regierung hat sich beispielsweise gegen Nord Stream II ausgesprochen und wird wie schon die Trump-Regierung darauf bestehen, dass die Pipeline nicht fertiggestellt wird. Biden wird auch nicht davon begeistert sein, wenn die EU, einschließlich Deutschland, sich entschließen sollte, den russischen Sputnik V-Impfstoff anzukaufen, wenn dies die USA auch wohl kaum verhindern werden können. Ansonsten ist aber davon auszugehen, dass die amerikanische und deutsche Politik gegenüber Russland weithin übereinstimmen wird (beispielsweise hinsichtlich der nach wie vor ungelösten Lage in der Ukraine, dem Schicksal des Oppositionspolitikers Alexei Navalny, den mit großer Härte begegneten innenpolitischen Protesten, dem autokratischen Regierungsstil Putins, der weitverbreiteten Korruption im Lande, etc).

Wie schon fast alle seine Vorgänger seit den 1950er Jahren wird auch Joe Biden erheblich höhere europäische Verteidigungsausgaben befürworten. Davon wird auch Deutschland betroffen sein. Es ist unwahrscheinlich, dass angesichts des Drucks aus Washington die deutschen Verteidigungsausgaben wie bisher auf jährlich 1,3 Prozent des Bruttosozialproduktes eingefroren werden können. Sie werden wohl erheblich gesteigert werden müssen. Wie in der Vergangenheit wird dieses Thema auch unter Biden zu deutsch-amerikanischen Spannungen führen.

China

Die womöglich größten Auseinandersetzungen in den deutsch-amerikanischen Beziehungen der nächsten Jahre dürfte sich bei den Beziehungen mit China ergeben. Bis zum Ende der Trump-Präsidentschaft Anfang 2021 hatte sich das Verhältnis zwischen den USA und China so stark verschlechtert, dass die Zusammenarbeit in den meisten Fragen fast vollständig eingestellt worden war. Durch den weltweiten Ausbruch der Coronaviruskrise Anfang 2021 und der damit einhergehenden Verdächtigungen, wer für das Entstehen und der Verbreitung des Virus verantwortlich sei, verschlechterten sich die Beziehungen zusätzlich. Im Kongress und in den meisten anderen Machtzentren in Washington, DC, entwickelte sich ein überparteilicher anti-China Konsensus. Die meisten demokratischen Gesetzgeber im Kongress, wie aber auch das Weiße Haus Joe Bidens und das vom neuen Außenminister Tony Blinken geleitete State Department stimmen der harten Chinaposition ihrer republikanischen Kollegen zu. Insbesondere wird Pekings Wirtschafts- und Menschenrechtspolitik, aber auch Chinas Verhalten im Südchinesische Meer und gegenüber Taiwan scharf kritisiert.

Biden lud gar Hsiao Bi-khim, der Leiterin der de-facto-Botschaft Taiwans in Washington, zu seiner Amtseinführung ein und ignorierte Pekings starke Proteste. Dies war das erste Mal, dass ein taiwanesischer Vertreter zu einer Amtseinführung des Präsidenten eingeladen worden war. Nur drei Tage später warnte der neue Präsident China davor, Taiwan zu schikanieren und die USA einzuschüchtern, als möglicherweise als Reaktion auf die Anwesenheit der taiwanesischen Diplomatin bei der Amtseinführung 13 chinesische Kampfflugzeuge und Bomber in Taiwans Luftverteidigungszone eindrangen und Luftangriffe auf einen in der Nähe ankernden US-Flugzeugträger simulierten. Bidens harte Rhetorik beeindruckte die China-Falken in den USA. Ob auch Peking beeindruckt war, ist unbekannt.

Trotz dem gegenseitigen Interesse miteinander zu reden und wieder zusammenzuarbeiten, das sowohl die Biden-Regierung als auch die chinesische Regierung Anfang 2021 wiederholt erwähnten wird sich dies als sehr schwierig erweisen.¹⁶ Biden kennt den chinesischen Präsidenten Xi Jinping bestens aus seiner Zeit als Vizepräsident und wie zahlreiche andere westliche Politiker teilt Biden die Enttäuschung und Ernüchterung über die chinesische Politik. Er ist ebenfalls der vielen wirtschafts- und handelspolitischen Versprechungen Chinas müde, die bisher nur selten eingehalten worden sind. Auch in anderer Hinsicht – im Südchinesischen Meer wie bei den drastischen Menschenrechtsverletzungen in der autonomen Provinz Xinjian, im Nordosten Chinas – hat Peking seine Politik unnachgiebig weiter fortgesetzt, ungeachtet aller Proteste aus dem Ausland. In seinem ersten Telefongespräch als Präsident mit Xi Jinping am 10. Februar 2021 erwähnte Biden die Hauptkritikpunkte der USA an der Politik Chinas. Aber er wies auch darauf hin, das er bereit zur Kooperation sei, wenn dies auch dem Vorteil der USA und seiner Verbündeten diene.

¹⁶ Vgl. Larres, K. (2022): *Difficult or Impossible? U.S.-China Cooperation, Counterterrorism, and Peaceful Co-existence from 9/11 to the Biden Administration*. In: Hof, T./ Larres, K. (Hrsg.): *Terrorism, Transatlantic Relations and Global Politics. Threats and Challenges*. Palgrave Macmillan, Basingstoke (bevorstehendes Buch).

Kooperationsmöglichkeiten beständen beispielsweise beim Klimaschutz und beim globalen Management der COVID-19 Pandemie.

Bundeskanzlerin Merkel und Biden stimmen weitgehend in der Kritik an der Politik Chinas überein. Gerade was die unfairen Handelspraktiken und die Subventionskultur Chinas angeht sind sich Deutschland (und die EU) und die USA ohnehin bereits in den letzten zwei Jahren zunehmend nähergekommen. Dies war einer der wenigen Punkte, in denen sich die EU und Trump einig waren. Auch der noch im Oktober 2020 vereinbarte bilaterale europäisch-amerikanische Dialog zu China soll unter der Biden-Regierung fortgesetzt werden. Doch ist die Kanzlerin erheblich vorsichtiger als Washington was die Beziehung zu Peking angeht. Deutschland ist schließlich in einem erheblich höheren Maße auf gute Handels- und Investitionsbeziehungen mit China angewiesen als die USA.

Das im Dezember 2020 abgeschlossene weitreichende Investitionsabkommen zwischen der EU und China wurde besonders auch auf Druck Deutschlands nach siebenjähriger Verhandlungszeit noch kurz vor Ende der Amtszeit Trumps abgeschlossen. Das Biden-Team hatte der EU vergeblich vorgeschlagen, das Abkommen erst nach eingehender Konsultation mit der neuen US-Regierung zu unterschreiben. Sehr zum Missfallen Bidens wurde dies von der EU und Deutschland zurückgewiesen. Der deutsche Einfluss war dabei entscheidend, da Berlin in den letzten sechs Monaten des Jahres 2020 den EU-Ratsvorsitz innehatte.

Eine unnachgiebige harte Linie der Biden-Administration gegenüber Peking würde sicherlich aus wirtschaftspolitischen Gründen auf große Kritik und starken Widerstand in Berlin stoßen. Doch Deutschland und die EU befürchten auch einen immer größeren Konfrontationskurs der beiden Supermächte, der letztlich auch zum militärischem Konflikt führen könnte. Eine derartige Politik gilt es auf jeden Fall zu verhindern. Doch ist von solch einer tragischen Entwicklung nicht unbedingt auszugehen. Auch Biden sucht die Kooperation mit Peking wenn möglich und ist sich der Gefährlichkeit der Lage gerade was Taiwan und das Südchinesische Meer angeht durchaus bewusst.

Schlussfolgerung

Seit dem Ende des Kalten Krieges ist es mit den deutsch-amerikanischen Beziehungen bergab gegangen. Dennoch sind beide Länder nach wie vor recht eng verbündet und werden dies trotz aller tagespolitischen Krisen auch weiterhin bleiben. Die starken Differenzen während der George W. Bush-Zeit und vor allem der Trump-Ära müssen als Ausnahmejahre angesehen werden. Während es bei dem Streit mit der Bush-Regierung um Krieg und Frieden ging, einem Thema bei dem Deutschland aus historischen Gründen besonders empfindlich ist, hatte sich mit Trump ein wie sich herausstellte Autokrat ins Amt wählen lassen, der sich nicht der Demokratie und den westlichen Werten verpflichtet fühlte. Dies wurde von Bundeskanzlerin Merkel und ihrer Regierung schon früh erkannt. Eine gute oder selbst eine halbwegs akzeptable Zusammenarbeit erwies sich daher bald als völlig unmöglich. Die Zusammenarbeit mit der sich seit dem Januar 2021 im Amt befindenden Joe Biden-Regierung war von Anfang an erheblich besser und konstruktiver. Zurück zur Normalität könnte

der Slogan für Bidens Außenpolitik heißen, wenn es auch weiterhin viele transatlantische Differenzen und tagespolitischen Krisen geben wird. Aber das ist ebenfalls Teil der transatlantischen Normalität.

Literaturverzeichnis

- Biden, Joseph R., Jr. (2020): *Why America Must Lead Again. Rescuing Foreign Policy After Trump*. In: Foreign Affairs März/April, S. 64–75.
- Dettke, Dieter (2009): *Germany says 'No'. The Iraq War and the Future of German Foreign and Security Policy*. Woodrow Wilson Press, Washington, DC.
- Fischer, Joschka (2007): *Die rot-grünen Jahre. Vom Kosovokrieg bis zum 11. September*. Kiepenheuer und Witsch, Köln.
- Heinke, Andrej (2003): *Wechselnde Konstellationen. Die deutsch-amerikanischen Außen- und Sicherheitsbeziehungen in der ersten Amtszeit von US-Präsident Bill Clinton*. Nomos, Baden-Baden.
- Kornelius, Stefan (2013): *Angela Merkel. Die Kanzlerin und ihre Welt*. Hoffmann und Campe, Hamburg.
- Larres, Klaus (2019a): *Angela Merkel and Donald Trump. Values, Interests, and the Future of the West*. In: Larres, Klaus / Wittlinger, Ruth (Hrsg.): *German-American Relations in the 21st Century. A Fragile Friendship*. Routledge, London, S. 47–67.
- Larres, Klaus: *Biden's long foreign-policy record signals how he'll reverse Trump, rebuild old alliances and lead the pandemic response*. In: The Conversation, 18.8.2020; <https://theconversation.com/bidens-long-foreign-policy-record-signals-how-hell-reverse-trump-rebuild-old-alliances-and-lead-the-pandemic-response-143671>.
- Larres, Klaus (2019b): *Brexit Diplomacy, Trump, and the UK's 'Special Relationship' with the United States*. In: *Diplomatica. A Journal of Diplomacy & Statecraft* 1/1, April, S. 113–126.
- Larres, Klaus (2022): *Difficult or Impossible? U.S.-China Cooperation, Counterterrorism, and Peaceful Co-existence from 9/11 to the Biden Administration*. In: Hof, Tobias / Larres, Klaus (Hrsg.): *Terrorism, Transatlantic Relations and Global Politics. Threats and Challenges*. Palgrave Macmillan, Basingstoke (bevorstehendes Buch).
- Larres, Klaus (2019c): *Global Politics since 1945*. In: Larres, Klaus / Wittlinger, Ruth (Hrsg.): *Understanding Global Politics: Actors and Themes in International Affairs*. Routledge, New York / London, S. 5–25.
- Larres, Klaus (2003): *Mutual Incomprehension? U.S.-German Value Gaps over Iraq and Beyond*. In: *Washington Quarterly* 26/2, S. 23–42.
- Larres, Klaus: *President Biden's foreign policy: engagement, multilateralism, and cautious globalization*. In: *U.S. Election Analysis 2020. Media, Voters and the Campaign*, November 2020; <https://www.electionanalysis.ws/us/president2020/section-1-policy-and-political-context/president-bidens-foreign-policy-engagement-multilateralism-and-cautious-globalization/>.
- Larres, Klaus (2020): *Trump's Trade Wars. America, China, Europe, and Global Disorder*. In: *Journal of Transatlantic Relations* 18/1, S. 103–129.
- Larres, Klaus (2021): *Uncertain Allies. Nixon, Kissinger and the Threat of a United Europe*. Yale University Press, New Haven, CT.

- Larres, Klaus / Oppelland, Torsten (Hrsg.) (1997): *Deutschland und die USA im 20. Jahrhundert. Geschichte der politischen Beziehungen*. Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt.
- Obama, Barack (2020): *A Promised Land*. Crown, New York.
- Schröder, Gerhard (2006): *Entscheidungen. Mein Leben in der Politik*. Hoffmann und Campe, Hamburg.
- Schwabe, Klaus (2011): *Weltmacht und Weltordnung. Amerikanische Außenpolitik von 1898 bis zur Gegenwart. Eine Jahrhundertgeschichte*. überarb. Ausgabe, Schöningh, Paderborn.
- Schwarz-Schilling, Christian (2020): *Der verspielte Frieden in Bosnien. Europas Versagen auf dem Balkan*. Herder, Freiburg im Breisgau.

Skomplikowane stosunki niemiecko-amerykańskie w XXI wieku *Streszczenie*

Od końca zimnej wojny stosunki niemiecko-amerykańskie ulegały stałemu pogorszeniu. Jednakże oba państwa są wciąż ściśle ze sobą powiązane sojuszniczo i ten stan rzeczy utrzyma się pomimo licznych współczesnych kryzysów politycznych. Kadencje George'a W. Busha (2001–2009), a zwłaszcza prezydenturę Donalda Trumpa (2017–2021), podczas których pojawiły się głębokie różnice między sojusznikami, należy postrzegać w kategoriach wyjątkowych lat. Bardzo prawdopodobne jest, że współpraca z administracją Joe Bidena, który objął urząd prezydenta w styczniu 2021 r., będzie znacząco lepsza i o wiele bardziej konstruktywna. Idea powrotu do normalności to możliwe hasło polityki zagranicznej Bidena, chociaż nie obejdzie się zapewne bez typowych kryzysów transatlantyckich i trudności, które bez wątpienia pojawią się za prezydentury Bidena.

Słowa kluczowe: stosunki niemiecko-amerykańskie, stosunki transatlantyckie, NATO, George W. Bush, Barack Obama, Donald Trump, Joe Biden, Angela Merkel

Complicated German-American Relations in the 21st Century *Abstract*

Since the end of the Cold War German-American relations have gone downhill. Nevertheless, the two countries are still very closely allied and will continue to be so despite all the political crises of the day. The profound difficulties during the reign of George W. Bush (2001–2009) and especially in the Trump era (2017–2021) must be viewed as highly exceptional years. In all likelihood, cooperation with the Joe Biden administration, which has been in office since January 2021, will be significantly better and much more constructive. Back to normalcy could be the slogan for Biden's foreign policy, though this will include the usual transatlantic crises and difficulties that are also likely to arise during the Biden years.

Key words: German-American relations, Transatlantic relations, NATO, George W. Bush, Barack Obama, Donald Trump, Joe Biden, Angela Merkel

Komplizierte deutsch-amerikanische Beziehungen im 21. Jahrhundert Zusammenfassung

Seit dem Ende des Kalten Krieges ist es mit den deutsch-amerikanischen Beziehungen bergab gegangen. Dennoch sind beide Länder nach wie vor recht eng verbündet und werden dies trotz aller tagespolitischen Krisen auch weiterhin bleiben. Die starken Differenzen während der Regierungszeit George W. Bushs (2001–2009) und vor allem in der Trump-Ära (2017–2021) müssen als überaus schwierige Ausnahmejahre angesehen werden. Aller Voraussicht nach wird die Zusammenarbeit mit der sich seit dem Januar 2021 im Amt befindenden Joe Biden-Regierung erheblich besser und konstruktiver sein. Zurück zur Normalität könnte der Slogan für seine Außenpolitik heißen, einschließlich der üblichen transatlantischen Differenzen und Krisen, die sich auch während der Biden-Jahre einstellen dürften.

Schlüsselwörter: deutsch-amerikanische Beziehungen, transatlantische Beziehungen, NATO, George W. Bush, Barack Obama, Donald Trump, Joe Biden, Angela Merkel

Сложности германо-американских отношений в XXI веке Резюме

После окончания холодной войны германо-американские отношения постоянно ухудшались. Однако оба государства по-прежнему тесно связаны друг с другом, и такое положение дел сохранится, несмотря на многочисленные современные политические кризисы. Президентство Джорджа Буша (2001–2009) и особенно президентство Дональда Трампа (2017–2021), в течение которых между союзниками возникли глубокие разногласия, следует рассматривать как чрезвычайно сложный период. По всей вероятности, сотрудничество с администрацией Джо Байдена, занимающего пост с января 2021 года, будет значительно лучшим и более конструктивным. Идея возврата к нормальным отношениям – возможно будет основой внешней политики Байдена, хотя конечно, не обойдется без типичных трансатлантических кризисов и трудностей, которые, несомненно, возникнут в период президентства Байдена.

Ключевые слова: германо-американские отношения, трансатлантические отношения, НАТО, Джордж Буш, Барак Обама, Дональд Трамп, Джо Байден, Ангела Меркель